

## Forum

**Die S-Bahn und ihr Beitrag zu einer zukunftsweisenden Raumplanung**

Planung und nicht zuletzt zukunftsgerichtete Raumplanung nehmen für die Liechtensteinische Ingenieur- und Architektenvereinigung einen hohen Stellenwert ein. Dementsprechend betrachten wir die gegenwärtige Mobilitätsdiskussion auch, aber nicht ausschliesslich, aus einer raumplanerischen Perspektive.

Die Mobilität ist ein wesentlicher Aspekt einer weitsichtigen Raumplanung. Die Zielsetzungen ergänzen sich gegenseitig. Idealerweise sind Wohn- und Arbeitsgebiete so zu planen, dass die Quartiere vom Durchgangsverkehr freigehalten werden und die Unternehmen sowie ein Wirtschaftsstandort als Ganzes dennoch gut erreichbar sind. Liechtenstein ist historisch gewachsen und das raumplanerische Bewusstsein hat sich erst spät entwickelt. Umso wichtiger ist es, nun das Bestmögliche aus der Verkehrs-

infrastruktur zu machen und damit für eine gute Anbindung der Arbeitsstätten zu sorgen, ohne die Lebensqualität weiter zu beeinträchtigen.

Die Erreichbarkeit der 40 000 Liechtensteiner Arbeitsplätze wird heute bis dato eine ununtergeordnete Rolle. Die Gründe für die Wahl des Autos sind vielfältig. Eine Rolle spielt unter anderem der grosse Anteil der Pendler unter den Arbeitnehmern in Liechtenstein. Die grenzüberschreitenden Verbindungen des ÖVs sind nicht sonderlich attraktiv. Die Busse stehen zu den Spitzenzeiten regelmässig im Stau, was zu Anschlusschwierigkeiten und Zeitverlusten führt. Es gilt, die Mobilität im nationalen, aber

auch im regionalen und internationalen Kontext zu betrachten.

Verkehrsträger und deren Einsatz sowie Verkehrssysteme dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Die verschiedenen Fortbewegungsarten müssen sich als System ergänzen und die Planungen dürfen nicht an den Landesgrenzen haltmachen. In diesem Sinne spricht sich der Vorstand der LIA klar für ein Ja zur S-Bahn Liechtenstein aus. Das Projekt berücksichtigt raumplanerische Überlegungen über die Grenzen hinweg. Die S-Bahn ist im gesamten Mobilitätskonzept ein erster, aber wesentlicher und zukunftsweisender Schritt hin zu einem effizienten Bahn-Bus-System und zu einer Entlastung der Quartiere sowie der Strassen im Allgemeinen.

Auch andere Überlegungen spielen bei unserem Ja zur S-Bahn Liechtenstein eine

Rolle. So befindet sich das Mobilitätsverhalten mit dem Generationenwechsel zur Jugend in einem starken Wandel. Die jungen Leute bewegen sich ganz anders als die ältere Generation. Sie sind ÖV-affin, da sie häufig berufs- oder ausbildungsbedingt in kurzer Zeit in Bern, Zürich, Bregenz, München, Innsbruck oder Wien sein wollen. Die S-Bahn verbessert die Grundvoraussetzungen dafür ganz wesentlich. Zu den raumplanerischen Zielsetzungen kommen weitere Fragestellungen dazu, welche die Lebensqualität der Menschen betreffen. Mit der S-Bahn als CO<sub>2</sub>-sparendem Verkehrsmittel lassen sich die Liechtensteiner Emissionen mit einem Projekt im Inland deutlich und nachhaltig senken und ein Beitrag zum Verlangsamten des Klimawandels leisten. Ein gesellschaftlicher Aspekt betrifft die neuen Bahnhaltstellen, die zu Mobilitätsschnittstellen und

Begegnungsstätten werden sollen. Wie sie sich tatsächlich entwickeln, ist noch offen, aber sie bieten zumindest Potenzial für die Zukunft. Auch wissen wir nicht, wie die Technologie die Mobilität in den kommenden Jahrzehnten beeinflussen wird. Die Bahn ist aber auf keinen Fall ein Auslaufmodell, wie die Erfahrungen in anderen Ländern und Regionen, gerade auch in der direkten Nachbarschaft, zeigen.

Mit der beabsichtigten Realisierung der S-Bahn Liechtenstein macht unser Land einen ersten wichtigen Schritt in Richtung einer nachhaltigen Mobilität, die neben Verbesserungen in der Strasseninfrastruktur und im Langsamverkehr stark auf einen attraktiven und leistungsfähigen öffentlichen Verkehr setzt. Der öffentliche Verkehr soll im grenzüberschreitenden Pendlerverkehr und auch innerhalb Liechtensteins zu

einer echten Alternative zum Individualverkehr werden. Das Leitprojekt S-Bahn Liechtenstein beinhaltet viel mehr als den Gleisusbau. Begleitende Strassen- und Radwegprojekte, die Anpassung und Modernisierung der Haltestellen sowie gesetzeskonforme Lärmschutzmassnahmen ergänzen die S-Bahn zu einem integralen Gesamtkonzept, von dem alle Verkehrsteilnehmer und -träger nachhaltig profitieren werden.

Auf jeden Fall aber müssen wir die Weichenstellung heute vornehmen. Der LIA-Vorstand spricht sich daher klar für ein Ja zum Mobilitätskonzept 2030 und zur S-Bahn Liechtenstein als wichtiges Teilprojekt eines nachhaltigen Gesamtkonzeptes aus. (Anzeige)

**Eine Stellungnahme des Vorstandes der Liechtensteinischen Ingenieur- und Architektenvereinigung (LIA).**

## Forum

**Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger – kein Erfolg für Falschaussagen und Täuschung**

In den amtlichen Stimmunterlagen der Regierung haben die zwei Parteien DU und DpL die ihnen als Gegenkomitee zugewiesene Plattform für Gegenargumente beim Thema S-Bahn in einer noch nie dagewesenen Form ausgenutzt. Wider besseren Wissens – abseits von faktenbasierten Argumenten – werden Falschbehauptungen, Unwahrheiten und Angst verbreitet. Damit werden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger getäuscht und in eine falsche Richtung manipuliert. Es würde zu weit führen, in diesem Forum alle Falschaussagen, welche in den amtlichen Stimmunterlagen der Regierung von der Gegnergemeinschaft DU/DpL dargelegt werden, zu entlarven. Als Beispiel nur zu einem der groben Verstösse.

DU/DpL behaupten wider besseren Wissens und trotz der bereits mehrfach aufgedeckten Lüge ein weiteres Mal, dass der ausgelöste Boden entlang der Schiene an den Staat Österreich verschenkt werde. Die Wahrheit ist: Die Böden werden zum amtlichen Schätzwert verkauft und können dereinst wieder ins Eigentum von Liechtenstein zurückgeführt werden.

Nur schon dieses Trugbild bzw. diese Irreführung, die auf einer Falschdarstellung sondergleichen aufgebaut ist, zeigt, wie versucht wird, eine korrekte Entscheidung der Regierung zu manipulieren. Diese bewusste Täuschung steht jetzt in den offiziellen amtlichen Abstimmungsunterlagen, von denen die Wählerinnen und Wähler ausgehen dürfen, dass die Daten, Zahlen und Fakten der Wahrheit entsprechen. Dies ist demokratiepolitisch höchst fragwürdig und ist fernab von einer transparenten sowie ehrlichen Information der Bürgerinnen und Bürger. Sie haben das Recht und müssen sich darauf verlassen können, dass die Pro- wie die Contra-Argumente mindestens den Kriterien der wahren Faktenlage sowie den tatsächlichen Begebenheiten entsprechen.

Wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse in Liechtenstein. Deshalb stellen wir die Falschbehauptungen und Täuschungen der Gegnergemeinschaft DU/DpL den faktenbasierten Begebenheiten gegenüber. Es lohnt sich – schauen Sie auf die Homepage [www.mobilesLiechtenstein.li](http://www.mobilesLiechtenstein.li) oder verlangen Sie unter [info@mobilesLiechtenstein.li](mailto:info@mobilesLiechtenstein.li)

eine postalische bzw. E-Mail-Zustellung dieser transparenten Gegenüberstellung der Falschaussagen und der Fakten. Vielen Dank für Ihre Zeit. Im Sinne einer guten Zukunftsentwicklung für unsere kommenden Generationen stehen wir ein für Transparenz und Fairness.

**Eine Stellungnahme der IG Mobiles Liechtenstein: Manfred Batliner, Eschen; Josef Biedermann, Planken; Helmut Büchel, Balzers; Thomas Büchel, Ruggell; Mario Bühler, Triesenberg; Paul Eberle, Eschen; Patrick Elkuch, Schellenberg; Bettina Fuchs, Balzers; Jonas Grubenmann, Schellenberg; Brigitte Haas, Vaduz; Ingrid Hassler-Gerner, Eschen; Eva Johann-Heidegger, Triesen; Johannes Kaiser, Schellenberg; Samuel Kaiser, Schaanwald; Georg Kaufmann, Schaan; Elmar Kindle, Triesen; Florin Konrad, Schaan; Hubert Lampert, Mauren; Violanda Lanter, Ruggell; Georg Matt, Mauren; Gerald Marxer, Mauren; Martin Meyer, Gamprin; Hubert Müssner, Bendern; Donath Oehri, Gamprin; Ossi Öhri, Schaanwald; Ewald Ospelt, Vaduz; Johann Ott, Vaduz; Rainer Ritter, Mauren; Isabell Schädler, Schaan; Hubert Sele, Triesenberg.**

## Forum

**Frauenunion klar für HalbeHalbe**

Die 45 anwesenden Mitglieder des Parteivorstands der Vaterländischen Union haben an ihrer letzten Sitzung ein Nein zur Initiative HalbeHalbe beschlossen. Nicht einstimmig, aber mit einer Mehrheit. Alle anwesenden Vorstandsmitglieder der Frauenunion und einige VU-Vorstandsmitglieder haben sich an der Versammlung klar für die Initiative ausgesprochen. Viele Gespräche, die die Frauenunion mit verdienten VU-Mitgliedern geführt hat, haben aufgezeigt, dass es in der VU auch viele Befürworterinnen und Befürworter der Initiative gibt.

Die Begründung der Gegnerschaft im Parteivorstand

stützte sich nicht darauf, dass die ausgewogene Beteiligung der Frauen in den politischen Gremien nicht gewünscht sei, sondern darauf, dass die vorliegende Initiative der falsche Weg sei.

Aus Sicht der Frauenunion ist die Initiative aber ein guter Weg, um die vermehrte Partizipation von Frauen in politischen Mandaten zu stützen, da sie nicht als Zwang, sondern als langfristiges Ziel zu sehen ist. Auf welchem Weg das Ziel einer ausgewogenen Vertretung zu erreichen ist, entscheidet jederzeit der demokratische Prozess.

Eine Umsetzung der Initiative

würde für die politischen Verantwortungsträger gute Voraussetzungen schaffen, geeignete Massnahmen umzusetzen, die ein ausgewogenes Verhältnis der Geschlechter in der Politik nachhaltig anstreben. Die Frauenunion hofft deshalb, dass auch viele VU-Mitglieder am 30. August mit einem Ja zur Initiative HalbeHalbe diesen wichtigen Schritt in der faktischen Gleichstellung von Frauen und Männern unterstützen.

**Eine Stellungnahme des Vorstandes der Frauenunion: Elisabeth Stock-Gstöhl, Gabriela Hilti-Salem, Beatrice Matt, Corrine Thöny, Jnes Rampone-Wanger**

## Forum

**Die Verfassung widerspiegelt unsere Werte**

Die Verfassung widerspiegelt die grundlegenden Werte einer Gesellschaft. Es ist deshalb selbstverständlich, dass sich Liechtenstein in der Verfassung zu einer Förderung der ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien bekennt. Unsere Initiative ist in der Verfassung am richtigen Platz. Sie ist eine unterstützende und zeitge-

mässe Erweiterung des Gleichheitssatzes und entfaltet ihr Potenzial im Verfassungsrank am stärksten. Andere Bereiche der staatlichen Förderung und Unterstützung wurden in der Vergangenheit bereits in der Verfassung verankert. Übrigens: Seit 2003 gab es neun Verfassungsänderungen. In acht Fällen hat weder der Landtag eine Volksabstim-

mung beschlossen noch wurde ein Referendum ergriffen. Der vorgeschlagene Verfassungszusatz ist ausreichend bestimmt, er lässt dem Gesetzgeber aber jenen Spielraum, den er braucht, um angemessene Fördermassnahmen zu beschliessen. Deshalb: Ja zu HalbeHalbe!

**Eine Stellungnahme des Initiativkomitees HalbeHalbe**

